

Geldsegen aus Kiel für den Kreis Pinneberg

Land überweist mehr als 4 Millionen Euro für die Kommunen

KREIS PINNEBERG Es gibt Geld aus Kiel. Und zwar für jede Gemeinde des Landes. 45 Millionen Euro sind es landesweit. Immerhin rund 4,3 Millionen Euro davon bekommen die 49 Kommunen des Kreises Pinneberg. Mehr als eine halbe Million Euro erhält Elmshorn. Bullenkuhlen muss sich mit 1693 Euro zufrieden geben. Bei dem Geld handelt es sich um finanzielle Entlastungsmaßnahmen für die Kommunen. Es ist für die Förderung von Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen. Üblicherweise, so hieß es im Kieler Innenministerium, würden die Kommunen 30 Millionen Euro erhalten. Die Landesregierung habe die Summe um 15 Millionen aufgestockt. Damit solle den Kommunen der mögliche Verzicht auf die Straßenausbaubeiträge erleichtert werden, so die Auskunft aus der Kreisverwaltung. Die Kommunen dürfen darauf verzichten, Bürgern Beiträge zum Ausbau der Straße, an der sie wohnen, abzuknöpfen. Machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, haben sie Einnahmeverluste. Und um diese zum Teil auszugleichen, gibt es landesweit die zusätzlichen 15 Millionen Euro. Drei Jahre lang zahlt das Land die Summe von 45 Millionen Euro. Wie es danach weitergeht ist offen, hieß es im Ministerium. Mehrere Kommunen im Kreis Pinneberg, unter anderem Elmshorn, haben bereits beschlossen, keine Straßenausbaubeiträge mehr zu erheben. *Bernd Amsberg*



Viel Geld aus Kiel, damit die Kommunen Straßen sanieren können ohne die Bürger zu schröpfen. DPA

Kommentar

Ungerechte Beiträge gehören abgeschafft

Straßenausbaubeiträge waren und sind ungerecht: An einer Nebenstraße zahlen Anwohner wenig, an einer Hauptstraße viel. Der eine wohnt an einer Straße, die saniert werden muss, bei dem anderen kann sie bleiben wie sie ist. Mal beschließt die Politik eine teure Luxussanierung, mal ist es nur ein Standardausbau. Der Unterschied kann locker eine vierstellige Summe sein. Der eine wird von seiner Gemeinde (Beispiel Tornesch mit 85 prozentiger Anliegerbeteiligung am Ausbau von Anliegerstra-

ßen) geschröpft, der andere wird (Rellingen: 65 Prozent) moderater zur Kasse gebeten. Und wer dummerweise ein Eckgrundstück erworben hat, muss eventuell sogar doppelt blechen. Deshalb gehören diese Gebühren endlich abgeschafft! Richtig, dass die Landesregierung das ermöglicht und auch finanziell unterstützt. Doch was kommt in drei Jahren, wenn die zusätzlichen Landesmittel vielleicht nicht mehr fließen? Gerechter wäre es, statt der Straßenausbaubeiträge eine

höhere Grundsteuer zu erheben. Denn Straßen sind für alle da. Und sie werden auch von allen benutzt. Angesichts üppig sprudelnder Steuereinnahmen könnte die Gebühr auch ersatzlos gestrichen werden. Dann bliebe ein Teil des Gelds der Bürger bei den Bürgern. Schwer vorstellbar, dass die Politik sich dazu durchringen kann. Aber schön wär's.



Bernd Amsberg
Redakteur

BAM@SHZ.DE